

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung

des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses

am Donnerstag, dem 06.02.2014

im Sitzungszimmer 2.5 / 2.6

<u>Beginn:</u> 17:30 Uhr	<u>Ende:</u> 21:55 Uhr
---------------------------------	-------------------------------

Anwesend:

Ratsfrau / Ratsherr

Frau Helga Bühse
Frau Franka Dannheiser
Herr Klaus Grassau
Herr Thomas Krampfer
Herr Jan Hinrich Köster
Herr Axel Westphal

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Volker Matthiensen
Herr Thomas Michaelis

Von der Verwaltung

Herr Dr. Olaf Tauras
Herr Michael Köwer
Herr Ralf-Josef Schnittker
Herr Heinrich Kautzky
Herr Bernd Heilmann
Herr Claus-Peter Hillebrand
Herr Berthold Heitker
Herr Heiner Feilke
Herr Heinz Peters

Außerdem anwesend

Herr Drangusch, Büro SBI
Herr Sven Andresen, Landschaftsarchitekt
Herr Hartmut Florian
Herr Lennart Grabandt
Frau Sabine Krebs
Herr Stefan Kommoß
Herr Schaaks
Herr Puls
Frau Nitschke
Herr Bluhm
Ca. 35 ZuhörerInnen

Abwesend:

Ratsfrau / Ratsherr

Frau Heidemarie Stephan

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Fred Brocksema
Herr Eckart Will

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3. Genehmigung der Tagesordnung der Sitzung am 06.02.2014
4. Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.11.2013
5. Information über die am 14.11.2013 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
6. Einwohnerfragestunde
7. Anträge und Anfragen
- 7.1. Antwort zu einer Nachfrage von Herrn Brocksema aus dem BPU am 14.11.2013 zur Baustelle Wittorfer Straße zwischen Holsatenring und Koldingstraße
hier: Höhe des zulässigen PAK-Wertes
Vorlage: 0047/2013/An
- 7.2. Vorbereitende Untersuchungen "Messeachse"
- Sachstandsbericht
Vorlage: 0048/2013/An
- 7.3. Antrag der BfB / PIRATEN Rathausfraktion betreffend Fußgängerquerungen am Großflecken
Vorlage: 0049/2013/An
- 7.4. Antrag der BfB / PIRATEN Rathausfraktion betreffend Planungen von Baumaßnahmen in Kreuzungs- und Einmündungsbereichen
Vorlage: 0050/2013/An
- 7.5. Antrag der CDU-Fraktion - Frau Helga Bühse - zu TOP 7.2 der CDU-Fraktion im BPU am 14.11.2013
Vorlage: 0051/2013/An
- 7.6. Antworten zum Fragenkatalog von Frau Krebs zur Instandsetzung der Störbrücke, Altonaer Straße übergeben in der Sitzung des BPU am 14.11.2013
Vorlage: 0052/2013/An
- 7.7. StadtRegionalbahn Kiel
Vorlage: 0053/2013/An
- 7.8. Eisenbahnbrücke Rendsburger Straße
Vorlage: 0054/2013/An
- 7.9. Baustellenverkehr während der Bauphase der Holsten Galerie
Vorlage: 0055/2013/An
- 7.10. Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Maßnahmen zur städtebaulichen Verbesserung für den Bereich Holsatenring, Wittorfer Straße bis Helmoldstraße
Vorlage: 0056/2013/An

8. Verkehrskonzept innerstädtisches Einkaufszentrum
- Verkehrstechnischer Ausbau des Bereiches Konrad-Adenauer-Platz
Vorlage: 0191/2013/DS
9. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 128 "Köstersche Fabrik"
- Erneute Billigung des Entwurfs
- Erneuter Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: 0166/2013/DS
10. Bebauungsplan Nr. 26 "Kieler Straße / Joachimstraße / Vicelinstraße / Anscharstraße"
- Beschluss über Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 0171/2013/DS
11. 1. Übertragung der Kontrolle zur Verkehrssicherung im öffentlichen Straßenraum vom
FD 60 an
das technische Betriebszentrum
2. Stellenbedarf im FD 60 für die Aufgrabungsüberwachung
3. Stellenbedarf im FD 60 für die Planungsaufgaben in der Abteilung Grünflächen
4. Überplanmäßige Mittelbereitstellung (Umbuchung von Kontenansätzen) im Ergebnis- und
Finanzplan 2014
Vorlage: 0174/2013/DS
12. Um- und Neubau der Grund- und Gemeinschaftsschule Einfeld
Vorlage: 0186/2013/DS
13. Umgestaltung des Gänsemarktes im Zusammenhang mit der Errichtung eines innerstädtischen Einkaufszentrums
Vorlage: 0190/2013/DS
14. 39. Änderung des Flächennutzungsplan 1990 "Sondergebiet Rendsburger Straße"
- Beschluss über Stellungnahmen
- Feststellungsbeschluss
Vorlage: 0192/2013/DS
15. 2. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 33 "Sondergebiet Rendsburger Straße"
- Beschluss über Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 0193/2013/DS
16. Sanierungsgebiet Vicelinviertel
- Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes Christianstraße 95
Vorlage: 0194/2013/DS
17. 44. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Mühlenstraße / Burggartenstraße"
- Änderungsbeschluss
- Durchführung einer Umweltprüfung
- Beschluss zur Bürgerbeteiligung
Vorlage: 0195/2013/DS

18. Bebauungsplan Nr. 93 "Mühlenstraße / Burggartenstraße"

- Aufstellungsbeschluss
- Durchführung einer Umweltprüfung
- Beschluss zur Bürgerbeteiligung

Vorlage: 0196/2013/DS

19. Baumfällungen im Umfeld des Einkaufszentrums und des neuen Parkhauses an der Kaiserstraße

Vorlage: 0202/2013/DS

20. Bürgerentscheid "Verkehrsführung Großflecken"

Vorlage: 0203/2013/DS

21. Mitteilungen

Anfrage von Frau Bühse zu bauaufsichtlichen Verfahren ehemaliges Klosterbad und

21.1 Matthias-Claudius-Schule vom 14.11.2013

Vorlage: 0048/2013/MV

Baumfällungen im Winterhalbjahr 2013/2014

21.2 Vorlage: 0052/2013/MV

Ampelschaltungen an Wochenenden

21.3 Vorlage: 0055/2013/MV

Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für Neumünster

21.4 Vorlage: 0056/2013/MV

Anfrage von Herrn Rolf Postel in der Sitzung des BPU-Ausschusses vom 14.11.13 zur Eintragung der "Alten Post", Großflecken 25-27 in das Denkmalsbuch des Landes

21.5 Schleswig-Holstein

Vorlage: 0061/2013/MV

Einhaltung der Geschäftsordnung

21.6

22. Dringliche Vorlagen

Dringlichkeitsantrag von Ratsfrau Bühse betreffend Kreisverkehr im Kreuzungsbereich

22.1 Max-Johannsen-Brücke / Sauerbruchstraße / Rendsburger Straße

Vorlage: 0066/2013/An

Antrag der BfB / Piraten Rathausfraktion 19.08.2013 betreffend Luft- und Lärmimmissionen durch den aktuellen Verkehrsversuch sowie entsprechenden Änderungsantrag vom 25.01.2014

22.2 Vorlage: 0069/2013/An

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Herr Westphal begrüßt die anwesenden Teilnehmer dieser Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Die Tagesordnung über die Sitzung und Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte wird in der vorliegenden Fassung einstimmig beschlossen.

3 .	Genehmigung der Tagesordnung der Sitzung am 06.02.2014
-----	--

Herr Westphal schlägt vor, die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte 22.1 „Kreisverkehr im Kreuzungsbereich Max-Johannsen-Brücke / Sauerbruchstraße / Rendsburger Straße“ sowie 22.2 „Luft- und Lärmimmissionen“ zu erweitern.

Auf Anregung von Frau Bühse soll der Top 21.2 als ordentlicher Tagesordnungspunkt behandelt werden.

Die Tagesordnung wird sodann in der geänderten Fassung einstimmig angenommen.

4 .	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.11.2013
-----	---

Gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 14.11.2013 bestehen keine Einwände.

5 .	Information über die am 14.11.2013 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

Beschluss über die Betrauung der Stadtwerke Neumünster GmbH hinsichtlich der Durchführung des ÖPNV.

6 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Herr Feldmann-Jäger bittet um Beantwortung von Fragen zur Sanierung bzw. Instandsetzung der Fußgängerbrücke über die Bahnlinie an der Rendsburger Straße. Herr Feldmann-Jäger hat die Einwohnerfrage vorab mit Schreiben vom 24.01.2014 dem Vorsitzenden des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses übersandt (vgl. Anlage). Herr Feldmann-Jäger war nicht anwesend. Die Anfrage wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Herr Reese bittet um Beantwortung von Fragen zum Thema „Baumfällungen im Umfeld des Einkaufszentrums und des neuen Parkhauses an der Kaiserstraße“. Herr Reese hat seine Fragen per E-Mail vom 05.02.2014 dem Vorsitzenden des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses übersandt (vgl. Anlage). Eine Erörterung soll zum Tagesordnungspunkt 19. stattfinden.

Frau Schwede-Oldehus bittet um Auskunft, ob es schon eine Lösung bezüglich des Verbleibs der Kunstwerke gibt, die anlässlich des ECE-Neubaus weichen müssen.

Herr Feilke erläutert für die Verwaltung, dass die Kunstwerke zunächst im TBZ gesichert werden.

Frau Krebs fragt nach dem Stand des Projektes „Jung kauft alt“ (Modell Hiddenhausen).

Eine Beantwortung durch die Verwaltung erfolgt anlässlich der nächsten BPU-Sitzung.

Frau Koch bedauert, wenn das Gebäude Christianstraße 95 abgerissen werden würde. Eine Erörterung soll zum TOP 16. stattfinden.

7 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

7.1 .	Antwort zu einer Nachfrage von Herrn Brocksema aus dem BPU am 14.11.2013 zur Baustelle Wittorfer Straße zwischen Holsatenring und Koldingstraße hier: Höhe des zulässigen PAK-Wertes Vorlage: 0047/2013/An
-------	---

Für die Wiederverwertung von Straßenbaustoffen in ungebundenen Schichten gilt nach den technischen Lieferbedingungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) ein Grenzwert von 100 mg/kg.

Die untersuchten Proben der Wittorfer Straße weisen PAK-Werte von 497 mg/kg und 1.056 mg/kg auf.

Beschluss:

Kenntnisnahme durch den Ausschuss

7.2 .	Vorbereitende Untersuchungen "Messeachse" - Sachstandsbericht Vorlage: 0048/2013/An
-------	---

Beschluss:

Der Sachstandsbericht zu den vorbereitenden Untersuchungen „Messeachse“ wird zur Kenntnis genommen.

Herr Heilmann erläutert den Sachstandsbericht via Bildschirmpräsentation.

Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Herr Westphal bestätigt, dass der Antrag der SPD-Fraktion (Antrag zum Bau-, Planungs- und Umweltausschuss am 14.11.2013) damit zufriedenstellend beantwortet sei. Der Antrag zu 1. des vorgenannten Antrages wird insoweit zurückgezogen.

7.3 .	Antrag der BfB / PIRATEN Rathausfraktion betreffend Fußgängerquerungen am Großflecken Vorlage: 0049/2013/An
-------	--

Herr Volker Matthiensen erklärt für die BfB / Piraten Rathausfraktion, dass der Antrag bis nach dem Bürgerentscheid zurückgestellt werden solle.

Herr Westphal stellt den Zurückstellungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

7.4 .	Antrag der BfB / PIRATEN Rathausfraktion betreffend Planungen von Baumaßnahmen in Kreuzungs- und Einmündungsbereichen Vorlage: 0050/2013/An
-------	--

Herr Westphal bittet einleitend darum, sich zukünftig eines sachlichen Tonfalls zu bedienen.

Herr Cleve entschuldigt sich für die Wortwahl und gibt einen „Erweiterungsantrag zu Vorlage 0030/2013/AN“ mit Datum vom 05.02.2014 (Anlage).

Herr Westphal lässt über den Ergänzungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 6
Enthaltung: 1

Nach Diskussion stellt Herr Grassau folgenden Änderungsantrag:

„Der 1. Satz des Antrages wird wie folgt ergänzt:

.... wird beauftragt, bei allen **zukünftigen** Planungen ...“

Herr Westphal lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 5

Nein-Stimmen: 3

Enthaltung: 1

Sodann lässt Herr Westphal über den Antrag als Ganzes abstimmen und es ergeht folgender Beschluss:

Der Fachbereich Stadtplanung und Entwicklung wird beauftragt, bei allen zukünftigen Planungen von Baumaßnahmen in Kreuzungs- oder Einmündungsbereichen folgende Kriterien zu prüfen und zu belegen:

1. Zu überplanende Kreuzungs- und Einmündungsbereiche werden hinsichtlich verkehrsregelnder Maßnahmen geprüft, ob LSA (Lichtsignalanlagen) erhalten bleiben oder neu installiert werden müssen.
2. Die Kosten und Folgekosten sind für die Erhaltung oder Neuinstallation einer LSA dahingehend zu prüfen, ob es günstigere Alternativen gibt.
3. Besonders große Kreuzungen oder Einmündungen sollen bevorzugt über Kreisverkehre oder ggf. spezielle Vorfahrtsregelungen (z. B. abknickende Vorfahrt) geregelt werden anstatt über LSA.
4. Die Kosten des Umbaus auf Kreisverkehre oder spezielle Vorfahrtsregelungen ist den Kosten einer vorhandenen oder neu zu installierenden LSA gegenüber zu stellen.
5. Die Genehmigung einer zu erhaltenden oder neu zu installierenden LSA ist vom Bau-, Planungs- und Umweltausschuss je Baumaßnahme einzeln zu erteilen. Hierbei soll der Fachbereich die alternativlose Notwendigkeit einer LSA belegen, der lapidare Hinweis auf die Steuerungsmöglichkeit des Verkehrs ist hierbei nicht als ausreichende Begründung anzusehen. Generell soll der Fachbereich zunächst die Kreisverkehrs- oder die spezielle Vorfahrtregelungslösung bevorzugt einplanen.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 5

Nein-Stimmen: 3

Enthaltung: 0

7.5 .	Antrag der CDU-Fraktion - Frau Helga Bühse - zu TOP 7.2 der CDU-Fraktion im BPU am 14.11.2013 Vorlage: 0051/2013/An
-------	---

Frau Bühse macht ergänzende Ausführungen. Sie bittet darum, zukünftig folgende Schwerpunkte zu setzen:

Eine Vertragsstrafenregelung soll insbesondere für Hauptstraßen gelten.

Es sind stets Hinweisschilder vor Ort zu errichten, die den Baubeginn und das Bauende der Straßenbaumaßnahme dokumentieren.

Die Vorlage der Verwaltung wird mit den ergänzenden Anforderungen durch den Ausschuss zur Kenntnis genommen.

7.6 .	Antworten zum Fragenkatalog von Frau Krebs zur Instandsetzung der Störbrücke, Altonaer Straße übergeben in der Sitzung des BPU am 14.11.2013 Vorlage: 0052/2013/An
-------	---

Kenntnisnahme durch den Ausschuss. Frau Krebs bedankt sich für die Beantwortung durch die Verwaltung.

7.7 .	StadtRegionalbahn Kiel Vorlage: 0053/2013/An
-------	---

Der Antrag wird durch Frau Bühse ergänzend ausführlich erläutert.

Herr Krampfer plädiert in einem ausführlichen Redebeitrag für die Aufrechterhaltung der Planungen auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom März 2012.

Herr Westphal lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 4

Nein-Stimmen: 4

Enthaltung: 0

Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt.

7.8 .	Eisenbahnbrücke Rendsburger Straße Vorlage: 0054/2013/An
-------	---

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dass die Verwaltung anlässlich der Sitzung am 03.04.2014 ausführlich zum Thema „Eisenbahnbrücke Rendsburger Straße“ berichten soll.

7.9 .	Baustellenverkehr während der Bauphase der Holsten Galerie Vorlage: 0055/2013/An
-------	---

Es besteht Einvernehmen, dass es sich im vorliegenden Fall um eine Anfrage und nicht um einen Antrag handelt.

Es herrscht weiterhin Einvernehmen, dass die Fragen schriftlich unter Hinzufügung folgender Fragen von Frau Dannheiser beantwortet werden und regelmäßig im Ausschuss berichtet wird:

- Baustelleneinrichtung,
- Parkprobleme Bauarbeiter,
- Lkw-Verkehr bei Anlieferung,
- Standort des Krans am Gänsemarkt – Lastenverteilung -.

7.10 .	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Maßnahmen zur städtebaulichen Verbesserung für den Bereich Holsatenring, Wittorfer Straße bis Helmoldstraße Vorlage: 0056/2013/An
--------	--

Herr Dr. Tauras erläutert für die Verwaltung, dass das in Aussicht genommene Plangebiet ca. 50 ha umfasst. Allein die vorbereitenden Untersuchungen würden ein Finanzvolumen von 60.000,00 € – 80.000,00 € auslösen.

Aufgrund der Besonderheit des gewünschten Plangebietes würde die Annahme des Antrags nicht unerheblichen Personal- und Finanzbedarf zur Folge haben.

Herr Westphal stellt den Antrag zur Diskussion und zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 4
Enthaltung: 0

Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt.

8 .	Verkehrskonzept innerstädtisches Einkaufszentrum - Verkehrstechnischer Ausbau des Bereiches Konrad-Adenauer-Platz Vorlage: 0191/2013/DS
-----	---

Herr Dr. Tauras führt in das Thema ein. Die Verkehrsuntersuchung der Firma SBI wird anschließend durch Herrn Drangusch via Bildschirmpräsentation vorgestellt. Fragen der Ausschussmitglieder werden durch die Verwaltung und Herrn Drangusch beantwortet.

Beschluss:

1. Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung zur Umgestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes (Verkehrsflusssimulation) zur Kenntnis.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Untersuchung empfohlene Verkehrsführung einschließlich der erforderlichen baulichen Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 2

Endg. entsch. Stelle: Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

9 .	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 128 "Köstersche Fabrik" - Erneute Billigung des Entwurfs - Erneuter Beschluss zur öffentlichen Auslegung Vorlage: 0166/2013/DS
-----	---

Herr Köster erklärt sich für befangen und verlässt den Sitzungsraum, um ihn nach Abschluss von Beratung und Beschlussfassung erneut zu betreten.

Die Vorlage wird von Herrn Heilmann erläutert. Auf Nachfrage von Herrn Holtz, Stadtteilbeirat Brachenfeld / Ruthenberg erläutert Herr Heilmann, dass auch an „einer Stelle“ der Betrieb einer Apotheke zulässig sei.

Beschluss:

1. Die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 128 „Köstersche Fabrik“ für das Gebiet südöstlich der L 322 „Haart“, östlich der Wohnbebauung der Emil-Köster-Straße und nördlich des Landschaftsraumes der Geilenbek im Stadtteil Brachenfeld / Ruthenberg sowie die dazugehörige Begründung einschließlich Umweltbericht werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
3. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 128 „Köstersche Fabrik“ mit der dazugehörigen Begründung einschließlich Umweltbericht sowie die vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen; die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 6 (Herr Krampfer befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal)
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

10 .	Bebauungsplan Nr. 26 "Kieler Straße / Joachimstraße / Vicelinstraße / Anscharstraße" - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 0171/2013/DS
------	---

Herr Heilmann erläutert die Vorlage für die Verwaltung.

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung hat die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange und Institutionen, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Die Ratsversammlung beschließt aufgrund des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548), den Bebauungsplan Nr. 26 „Kieler Straße / Joachimstraße / Vicelinstraße / Anscharstraße“ für das Gebiet östlich der Kieler Straße, nördlich der Joachimstraße, westlich der Vicelinstraße und südlich der Anscharstraße im Stadtteil Stadtmitte als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bebauungsplanänderung nach § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekanntzumachen. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan und die Begründung eingesehen werden können.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 7 (Herr Krampfer befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal)

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

11 .	1. Übertragung der Kontrolle zur Verkehrssicherung im öffentlichen Straßenraum vom FD 60 an das technische Betriebszentrum 2. Stellenbedarf im FD 60 für die Aufgrabungsüberwachung 3. Stellenbedarf im FD 60 für die Planungsaufgaben in der Abteilung Grünflächen 4. Überplanmäßige Mittelbereitstellung (Umbuchung von Kontenansätzen) im Ergebnis- und Finanzplan 2014 Vorlage: 0174/2013/DS
------	--

Beschluss:

1. Der Verlagerung von 2 Stellen (00603/18 und 00603/19) in das Technische Betriebszentrum für die Wahrnehmung der Kontrolle zur Verkehrssicherung im öffentlichen Straßenraum wird zugestimmt.
2. Der Einrichtung einer Planstelle im FD 60 – Abt. Tiefbau für die Wahrnehmung der Aufgrabungsüberwachung, EGr. 6 TVöD, wird zugestimmt.

3. Der Einrichtung einer bis zum 31.12.2015 befristeten Planstelle eines/einer Ingenieurs/-in im FD 60 – Abt. Grünflächen, EGr. 11 TVöD, wird zugestimmt.
4. Der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnisplan und gleichzeitig Auszahlungen im Finanzplan 2014 bis zur Höhe von 95.300 Euro nach § 95 d GO wird zugestimmt. Eine Deckung erfolgt durch Minderaufwand und Minderauszahlungen.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

12 .	Um- und Neubau der Grund- und Gemeinschaftsschule Einfeld Vorlage: 0186/2013/DS
------	--

Der geplante Um- und Neubau der Grund- und Gemeinschaftsschule Einfeld wird durch Herrn Hillebrand / Herrn Heitker / Frau Jahn via Bildschirmpräsentation vorgestellt.

Beschluss:

1. Der Sachstand zum baulichen Zustand und zu den Planungen für die Grund- und Gemeinschaftsschule Einfeld wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für den Neubau und die Sanierung der Grund- und Gemeinschaftsschule Einfeld fortzuführen.
3. Der Beauftragung von Fachingenieuren mit Kosten von 200.000,00 € bis zur Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) wird zugestimmt. Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen aus Maßnahmen, die in 2013 / 2014 nicht zur Ausführung kommen, zur Verfügung.

Der Planung für die energetische Sanierung des Fachklassentraktes und der Vorbereitung für die Durchführung beginnend in den Sommerferien 2014 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

13 .	Umgestaltung des Gänsemarktes im Zusammenhang mit der Errichtung eines innerstädtischen Einkaufszentrums Vorlage: 0190/2013/DS
------	---

Herr Sven Andresen – Landschaftsarchitekt - stellt die Planungen via Bildschirmpräsentation vor. Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Beschluss:

Die Detaillierung der Planung zur Umgestaltung des Gänsemarktes wird zur Kenntnis genommen.

Endg. entsch. Stelle: Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

14 .	39. Änderung des Flächennutzungsplan 1990 "Sondergebiet Rendsburger Straße" - Beschluss über Stellungnahmen - Feststellungsbeschluss Vorlage: 0192/2013/DS
------	---

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung hat die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange und Institutionen, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Die Ratsversammlung beschließt die 39. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 „Sondergebiet Rendsburger Straße“ für das Gebiet zwischen Rendsburger Straße, Max-Johannsen-Brücke, den Eisenbahnanlagen (Güterbahnhof) und dem südlich der Max-Johannsen-Brücke gelegenen Sondergebiet im Stadtteil Gartenstadt.
3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht wird gebilligt; Umfang und Detaillierungsgrad der Ermittlung umweltrelevanter Belange (Umweltprüfung) werden gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) bestätigt.
4. Die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB wird gebilligt.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Flächennutzungsplanung dem Innenminister zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung ist anschließend nach § 6 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

15 .	2. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 33 "Sondergebiet Rendsburger Straße" - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 0193/2013/DS
------	---

Beschluss:

1. Die nach der öffentlichen Auslegung des Planentwurfes vorgenommenen Änderungen werden gebilligt.
2. Die Ratsversammlung hat die während der beiden öffentlichen Auslegungen vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange und Institutionen, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
3. Die Ratsversammlung beschließt aufgrund des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548), die 2. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 33 „Sondergebiet Rendsburger Straße“ für das Gebiet zwischen Rendsburger Straße, Max-Johannsen-Brücke, den Eisenbahnanlagen (Güterbahnhof) und den bahnzugehörigen Kleingartenanlagen im Stadtteil Gartenstadt, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.
4. Die Begründung einschließlich Umweltbericht wird gebilligt; Umfang und Detaillierungsgrad der Ermittlung umweltrelevanter Belange (Umweltprüfung) werden gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 BauGB bestätigt.
5. Die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB wird gebilligt.
6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, nach Vorliegen der Genehmigung für die 39. Änderung des FNP den Bebauungsplan nach § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

16 .	Sanierungsgebiet Vicelinviertel - Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes Christianstraße 95 Vorlage: 0194/2013/DS
------	---

Herr Dr. Tauras führt in das Thema ein und plädiert für den Abriss.

Herr Westphal lässt nach Diskussion und unter Einbeziehung der durch Frau Koch in der Einwohnerfragestunde geäußerten Bedenken abstimmen.

Beschluss:

1. Der Sachstandsbericht und die Beantwortung der Anfrage von Ratsfrau Bühse werden zur Kenntnis genommen.
2. Das Gebäude Christianstraße 95 wird abgebrochen.
3. Ein Nachnutzungskonzept für die entstehende Brachfläche wird dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

17 .	44. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Mühlenstraße / Burggartenstraße" - Änderungsbeschluss - Durchführung einer Umweltprüfung - Beschluss zur Bürgerbeteiligung Vorlage: 0195/2013/DS
------	---

Herr Matthiensen stellt Antrag auf Vertagung, da seine Fraktion sich noch nicht mit dem Thema habe beschäftigen können.

Herr Westphal lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 7
Enthaltung: 0

Damit ist der Vertagungsantrag abgelehnt.

Beschluss:

1. Der Flächennutzungsplan 1990 der Stadt Neumünster ist für das im Stadtteil Wittorf gelegen Gebiet zwischen Burggartenstraße, Kiefernweg, Mühlenstraße, Burgstraße und Tannenweg wie folgt zu ändern:

Anstelle einer Wohnbaufläche ist für den östlichen Teilbereich eine Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „großflächiger Einzelhandel“ darzustellen. Es ist zu prüfen, ob für benachbarte Grundstücke im westlichen Teilbereich die Darstellung einer Mischbaufläche erforderlich wird.

2. Der Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Umweltprüfung soll sich auf die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Belange von Boden-, Wasser- und Immissionsschutz sowie Ortsbildpflege beziehen.
4. Es ist eine Bürgerbeteiligung nach den Richtlinien der Stadt Neumünster durchzuführen.
5. Die in ihrem Aufgabenbereich berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind über die Planung zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) aufzufordern.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Endg. entsch. Stelle: Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

18 .	Bebauungsplan Nr. 93 "Mühlenstraße / Burggartenstraße" - Aufstellungsbeschluss - Durchführung einer Umweltprüfung - Beschluss zur Bürgerbeteiligung Vorlage: 0196/2013/DS
------	---

Herr Matthiensen stellt Antrag auf Vertagung, da seine Fraktion sich noch nicht mit dem Thema habe beschäftigen können.

Herr Westphal lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 7
Enthaltung: 0

Damit ist der Vertagungsantrag abgelehnt.

Beschluss:

1. Für das Gebiet im Stadtteil Wittorf zwischen der Burggartenstraße, dem Kiefernweg, der Mühlenstraße, der Burgstraße und dem Tannenweg ist ein Bebauungsplan im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Die Aufstellung des Bebauungspla-

nes ist erforderlich, um für den östlichen Teilbereich die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des vorhandenen Lebensmittelmarktes zu schaffen. Für den westlichen Teilbereich sind immissionsschutzrechtliche Auswirkungen zu prüfen.

2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Umweltprüfung soll sich auf die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Belange von Boden-, Wasser- und Immissionsschutz sowie Ortsbildpflege beziehen.
4. Es ist eine Bürgerbeteiligung nach den Richtlinien der Stadt Neumünster durchzuführen.
5. Die in ihrem Aufgabenbereich berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind über die Planung zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) aufzufordern.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Endg. entsch. Stelle: Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

19 .	Baumfällungen im Umfeld des Einkaufszentrums und des neuen Parkhauses an der Kaiserstraße Vorlage: 0202/2013/DS
------	--

Die Anregung von Herrn Reese, die Standortfragen anlässlich der Sitzung am 03.04.2014 als ordentlichen Tagesordnungspunkt zu behandeln, wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Bericht über die Baumfällungen und die dafür vorgeschlagenen Ersatzpflanzungen im Umfeld des Einkaufszentrums und des neuen Parkhauses an der Kaiserstraße wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

20 .	Bürgerentscheid "Verkehrsführung Großflecken" Vorlage: 0203/2013/DS
------	--

Herr Dr. Tauras führt in das Thema ein.

Der Ausschuss gibt kein Votum ab.

Beschluss:

1. Es wird ein Bürgerentscheid zu der Frage durchgeführt, ob die Bürger dafür sind, dass
 - a) der Großflecken von Durchgangsverkehr freigehalten werden soll.
 - b) der Großflecken grundsätzlich von Durchgangsverkehr freigehalten werden soll.
 - c) der Großflecken werktags (montags bis sonnabends) in der Zeit von 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr von Durchgangsverkehr freigehalten werden soll.
2. Der Bürgerentscheid findet am 25. Mai 2014 statt.
3. Der als Anlage 1 beigefügte Erläuterungstext über die Hintergründe des Bürgerentscheides wird in der zu 1) angenommenen Variante beschlossen und ist den Stimmberechtigten gemeinsam mit der Abstimmungsbenachrichtigung zuzustellen.
4. Der Erläuterungsbericht zum Verkehrsversuch Großflecken (Anlage 2) wird zur Kenntnis genommen.

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

21 .	Mitteilungen
------	--------------

Herr Dr. Tauras informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass auf dem Großflecken – im Bereich Tchibo – Musterflächen zur Verbesserung der Begehrbarkeit des Pflasters angelegt worden seien.

Er regt an, vor Beginn der folgenden Bau-, Planungs- und Umweltausschuss-Sitzung am 03.04.2014 eine gemeinsame Vor-Ort-Begehung durchzuführen.

21.1 .	Anfrage von Frau Böhse zu bauaufsichtlichen Verfahren ehemaliges Klosterbad und Matthias-Claudius-Schule vom 14.11.2013 Vorlage: 0048/2013/MV
--------	--

Beschluss: Kenntnisnahme

21.2 .	Baumfällungen im Winterhalbjahr 2013/2014 Vorlage: 0052/2013/MV
--------	--

Frau Bühse plädiert dafür, nicht mehr Bäume als unbedingt notwendig zu fällen.

Frau Bühse stellt die Unabdingbarkeit der vorgesehenen Fällungen in Frage.

Herr Schnittker erläutert die Vorlage.

Der Ausschuss empfiehlt der Verwaltung, möglichst viele Bäume zu erhalten.

Beschluss: Kenntnisnahme

21.3 .	Ampelschaltungen an Wochenenden Vorlage: 0055/2013/MV
--------	--

Beschluss: Kenntnisnahme

21.4 .	Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für Neumünster Vorlage: 0056/2013/MV
--------	---

Beschluss: Kenntnisnahme nach Diskussion im Ausschuss

21.5 .	Anfrage von Herrn Rolf Postel in der Sitzung des BPU-Ausschusses vom 14.11.13 zur Eintragung der "Alten Post", Großflecken 25-27 in das Denkmaltuch des Landes Schleswig-Holstein Vorlage: 0061/2013/MV
--------	--

Beschluss: Kenntnisnahme

21.6 .	Einhaltung der Geschäftsordnung
--------	---------------------------------

Ratsfrau Franka Dannheiser bittet darum, zukünftig möglichst von Dringlichkeitsvorlagen abzusehen und verweist auf das strenge Regularium der Geschäftsordnung.

22 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

22.1 .	Dringlichkeitsantrag von Ratsfrau Bühse betreffend Kreisverkehr im Kreuzungsbereich Max-Johannsen-Brücke / Sauerbruchstraße / Rendsburger Straße Vorlage: 0066/2013/An
--------	---

Herr Westphal stellt das Einvernehmen des Ausschusses her, die Vorlage gem. § 34 GO als „dringlich“ zu behandeln.

Frau Bühse erläutert die Vorlage ausführlich.

Herr Dr. Tauras weist darauf hin, dass die Verwaltung aktuell damit befasst ist, den Umbau kurzfristig zu realisieren.

Im Falle der Zustimmung wäre der Zeitplan nicht zu halten.

Herr Westphal lässt nach Diskussion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 5

Nein-Stimmen: 3

Enthaltung: 0

Beschluss: Damit ist der Antrag angenommen.

22.2 .	Antrag der BfB / Piraten Rathausfraktion 19.08.2013 betreffend Luft- und Lärmimmissionen durch den aktuellen Verkehrsversuch sowie entsprechenden Änderungsantrag vom 25.01.2014 Vorlage: 0069/2013/An
--------	---

Herr Westphal stellt das Einvernehmen des Ausschusses her, die Vorlage / den Änderungsantrag „dringlich“ zu behandeln.

Antrag sowie Änderungsantrag werden durch Herrn Ratsherr Puls ausführlich dargestellt und erläutert.

Herr Westphal lässt nach Diskussion über Antrag sowie Änderungsantrag auf der Grundlage des Änderungsantrags vom 25.01.2014 abstimmen.

Es ergeht folgender Beschluss:

Änderung Pkt. 1 in

1. In den jetzigen und zukünftig durch Kraftverkehr stark belasteten Straßen sind Auswirkungen hinsichtlich der Lärm- und ggf. Luftimmissionen zu ermitteln.
2. Gleichzeitig sind Messungen zur Verkehrsfrequenz, -dichte, und weitere zweckdienliche Daten zu ermitteln, die eine sichere Beurteilung der vorhandenen und zukünftig zu erwartenden Immissionen ermöglichen.

Änderung Pkt. 3 in

3. Die Messungen sind vorzugsweise in Gebieten durchzuführen, in denen eingeschränkte Grenzwerte zulässig sind, wie z. B. Seniorenheime, Krankenhäuser und Schulen. Gleiches gilt auch für bereits durch die von der Lärmkartierung bekannten Problemstraßen.

Änderung Pkt. 4 in

4. Entsprechend den Ergebnissen sind Verbesserungsmaßnahmen in kritischen Bereichen zu veranlassen. Der erzielte Erfolg ist durch Stichprobenprüfungen nachzuweisen. Dazu bedarf es variabel einsetzbarer Messgeräte.

Änderung Pkt. 5 in

5. Dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss ist halbjährig ein Sachstandsbericht zu übermitteln.

Pkt. 6 neu

6. Wirtschaftliche Auswirkungen

Aus Kostengesichtsgründen sollten Schallmessungen durch die Stadt erfolgen, zumal ein schneller Standortwechsel und schnelle Resultate erzielbar wären. Die Verkehrsdichte wird lt. w. schon erfasst und muss den Messorten zugeordnet werden. Anfallende Kosten für Schallmessgeräte, Software, Schulung der Mitarbeiter werden sich vermutlich unterhalb von € 50.000,-- belaufen.

Bei hohen, signifikanten Veränderungen des Verkehrsaufkommens und der Änderung von EU-Vorgaben, sind neue Betrachtungen bezüglich Luftschadstoffe durchzuführen. Derzeit besteht gemäß der Immissionsüberwachung der Luft in SH keine dringende Notwendigkeit.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 3

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 5

Beschluss: Damit ist der Antrag angenommen.

gez. Axel Westphal
(Ausschussvorsitzender)

gez. Heinz Peters
(Protokollführer)